

4. Ausgangslage und Beginn der Massenproteste gegen Stuttgart 21

Der Protest gegen das Großprojekt Stuttgart 21 hatte sich seit Ende 2009 stetig vergrößert. Im Frühsommer 2010 waren die Demonstrationen der Protestbewegung gegen S21 unübersehbarer Bestandteil des städtischen Alltags. Der folgende Untersuchungszeitabschnitt beginnt mit dem Erstarken der Protestbewegung Mitte Juli 2010. Die Abrissarbeiten am Nordflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs standen bevor, die Baumfällungen der 282 teils sehr alten Bäume im Stuttgarter Schlossgarten sollten im Herbst folgen. Die Projektbetreibenden, besonders die Stadt Stuttgart, die baden-württembergische Landesregierung und die Deutschen Bahn AG, sahen sich mit Massenprotesten mehrerer Tausender konfrontiert. Eine steigende Anzahl an Aktivistinnen und Aktivisten wollte sich über die Demonstrationen hinaus mit Blockade- und Besetzungsaktionen am Protest gegen S21 beteiligen. Die Erkennungszeichen der Protestbewegung, grüne GegenS21-Buttons, prägten das Stadtbild ebenso wie die gelben, an Ortsausfahrtsschilder angelehnten Aufkleber;¹ jeden Tag pünktlich zur Schwabenstreichzeit waren Trillerpfeifen, Vuvuzelas und Kochtopfgeklapper in zahlreichen Stadtteilen Stuttgarts zu hören.

Im folgenden Kapitel werden zunächst die wichtigsten Adressatinnen und Adressaten der Protestbewegung, neben der Öffentlichkeit, identifiziert. Das sind diejenigen Akteurinnen und Akteure, die das Projekt direkt oder indirekt stoppen könnten. Anschließend wird geklärt, wer die Protestakteurinnen und -akteure innerhalb dieses Zeitabschnittes waren, die den Protest gegen S21 prägten und welche Entscheidungsstrukturen ihre Handlungen bestimmten. Sodann werden die gemeinsamen Ziele der Protestbewegung herausgearbeitet und ihre Handlungen und Strategien daraufhin überprüft, ob sie mit den selbst auferlegten Zielen übereinstimmten.²

1 Zwei S21-Befürworter der Fraktionen CDU und SPD im Stuttgarter Rathaus lobten daher ein »Abkratzprämie« (Schunder 2010 o. S.) aus: pro abgekratztem Aufkleber zahlten sie 20 Cent.

2 Um die Nachvollziehbarkeit zu erhöhen und die Kontextgebundenheit der Deutungsmuster zu verdeutlichen kommt im Ergebnisteil der Kapitel 4 bis 8 auch das historische Präsens zur Verwendung.

4.1 Adressaten und Rahmenbedingungen des Protests

4.1.1 Interessenüberschneidungen der S21-Projektbetreibenden und der Wirtschaftslobby

Die S21-Vertragsparteien sind die Deutsche Bahn (DB) AG mit den Eisenbahn-Infrastruktur-Unternehmen und der Bund als deren alleiniger Eigentümer, der Flughafen Stuttgart, der Verband der Region Stuttgart, die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg.³ Forderungen zum Ausstieg aus Stuttgart 21 werden demgemäß an die konkreten Vertretungen dieser Vertragsparteien (u.a. Oberbürgermeister, Ministerpräsident, Parlamentarier und Bundesregierung)⁴ gestellt. Nur diese Vertragsparteien können die Verträge zu S21 aufkündigen und das Projekt unmittelbar stoppen, was sie zu wichtigen Adressatinnen und Adressaten der Protestaktivitäten macht. In der Ausarbeitung ›Ausstieg aus dem Projekt *Stuttgart 21*‹ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags (2010) heißt es hierzu:

»Aus rechtlicher Sicht sind verschiedene Wege denkbar, aus dem Projekt ›Stuttgart 21‹ auszusteigen. Die Vertragsparteien können den Finanzierungsvertrag einvernehmlich aufheben. Eine Kündigung des Finanzierungsvertrages durch das Land Baden-Württemberg wäre möglich, wenn die Verhältnisse, die für die Festsetzung des Vertragsinhalts maßgebend gewesen sind, sich seit Abschluss des Vertrags so wesentlich geändert haben, dass einer Vertragspartei das Festhalten an der ursprünglichen vertraglichen Regelung nicht zuzumuten ist. Für diesen Fall kommt auch eine Aufhebung des Vertrages unmittelbar durch Gesetz in Betracht. Die Landesregierung kann durch Gesetz zur Kündigung des Finanzierungsvertrages bei Vorliegen eines Kündigungsgrundes verpflichtet werden. Eine Volksabstimmung über ein derartiges Gesetz wäre nach einem erfolgreichen

3 Vertraglich in die Wege geleitet wurde S21 zunächst durch die Rahmenvereinbarung zu Stuttgart 21 vom 7. November 1995 und von der Realisierungsvereinbarung vom 24. Juli 2001 sowie dem Memorandum of Understanding vom 19. Juli 2007. Durchführung und Finanzierung des Projektes sind im Finanzierungsvertrag vom März/April 2009 vertraglich festgeschrieben (Finanzierungsvertrag 2009).

4 In den Zeitabschnitten der Kapitel 4, 5 und 6 sind die repräsentierenden Akteurinnen und Akteure der Projekt- und Finanzierungspartner u.a. Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) für die Stadt Stuttgart, Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) für die baden-württembergische Landesregierung, Vorstandsvorsitzender der DB AG Rüdiger Grube, der Vorsitzenden des Verbands Region Stuttgart Thomas Bopp (CDU) sowie die CDU-geführte Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel. Die Ergebnisse der Zeitabschnitte nach dem Regierungswechsel mit einer grün-geführten Landesregierung werden in den Kapiteln 7 und 8 erläutert.

Volksbegehren möglich. Ein Widerruf der Planfeststellungsbeschlüsse kommt nach derzeitiger Sachlage nicht in Betracht.« (Bundestag 2010: 5)

Es können demnach vielfältige Ansätze zum Stopp von S21 führen. Insbesondere eine fehlende politische Durchsetzbarkeit aufgrund massenhafter Proteste könnte, wie in Kapitel 2.4.2 dargelegt, hierbei entscheidend sein und eine Vertragskündigung durch das Land Baden-Württemberg rechtfertigen.

Der Kreis der Nutznießenden, Profitierenden und Befürwortenden reicht über S21-Vertragsparteien jedoch weit hinaus. Besonders auch die Tatsache, dass zentrale Flächen durch das Tieferlegen der Gleise frei werden, der Bau eines »Mega-Einkaufszentrums« auf dem S21-Gelände und das Versprechen von Aufträgen und Aufschwung für regionale Unternehmen, erweitern den Interessenkreis von der mittelständischen Bauwirtschaft bis zu großen Baukonzernen, wie beispielsweise der Strabag, vom Einzelhandelsverband über die lokale IHK bis hin zu den klassischen Investoren, wie beispielsweise die Hamburger ECE der Versandhausfamilie Otto; und auch die Banken profitieren von dem Großprojekt, nicht zuletzt als Kreditgebende. Besonders die von der ECE initiierte, formal unabhängige Stiftung »Lebendige Stadt« steht für die Interessenüberschneidungen von Wirtschaft und Politik bei Stuttgart 21. Im Stiftungsvorstand beziehungsweise Stiftungsrat sitzen der Architekt des neuen Tiefbahnhofs von S21 Christoph Ingenhoven, Friederike Beyer, die Lebensgefährtin des ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Baden-Württembergs Günther Öttinger, der Stuttgarter Oberbürgermeister (OB) Wolfgang Schuster und Baden-Württembergs Verkehrsministerin Tanja Gönner. Schuster tritt erst im September 2010 von seiner Position im Stiftungsrat zurück, Gönner lässt ihre Mitgliedschaft erst ab Oktober 2010 ruhen (Lobbypedia 2017 o. S.). Ein weiteres Beispiel für die Interessenüberschneidungen ist die Mitgliedschaft des Stuttgarter Finanzbürgermeisters und OB-Stellvertreters Michael Föll (CDU) seit Juli 2010 als Berater im Firmenbeirat der Abrissfirma Wolff & Müller, die zunächst den Zuschlag für den Abriss des Bahnhofsnordflügels erhalten hatte (Nauke 2010 o. S., vgl. LobbyControl 2010 o. S. und Müller 2010 o. S.).

Politik- und Wirtschaftsinteressen sind im Konflikt um S21 strukturell miteinander verwoben. Die Auseinandersetzung um das Großprojekt kann daher als postdemokratischer Konflikt angesehen werden (vgl. Kapitel 2.2.1). Bereits die strukturellen Voraussetzungen deuten darauf hin, dass es bei diesem Konflikt nicht nur um ein einzelnes Großprojekt ging, sondern ein Stopp von S21 die hegemoniale Ordnung grundsätzlich infrage stellen könnte. Es ist demnach fraglich, inwiefern die Konfliktkonstellation überhaupt einen grundsätzlichen Politikwechsel ermöglichen könnte, nachdem politische Schlüsselpositionen als Resultat der Landtagswahl von S21-Gegnern eingenommen werden. Die Protestbewegung gegen S21 müsste, wie in den Kapiteln 2.2.1 und 2.2.2 bereits dargelegt, demnach die politisch-wirtschaftliche Konstellation als Beispiel für eine neoliberale Herrschaftslo-

gik plausibel deuten. Denn die Auslegung des Großprojekts S21 als Einzelfall würde den Protest um die eigene politische Schärfe bringen und damit das Durchsetzungspotenzial der Bewegung einschränken (ebd.).

Neben den Projektbetreibenden gibt es zudem auch vergleichsweise kleinere informelle Protestzusammenschlüsse für S21. Dazu gehört ein Lauftreff ›Laufen für S21‹ mit etwa einem Dutzend Teilnehmenden, die sich wöchentlich in den Jahren 2010 und 2011 zum Joggen für S21 im Stuttgarter Schlossgarten treffen. Organisiert wird dieser Lauftreff von dem im September 2010 gegründeten ›S21-Befürworter-Verein IG Bürger‹, der im Gründungsjahr nach eigenen Angaben 150 Mitglieder zählt (Eschle o. D., o. S.). Kurz zuvor hatte der Pfarrer und spätere Schlichtungsteilnehmer Johannes Bräuchle die Initiative ›Prosit 21‹ gegründet, der er selbst 120 Sympathisanten zuordnet (Treiber 2010 o. S.). Später wird die IG Bürger den Volksabstimmungswahlkampf für S21 organisieren (vgl. Kapitel 8.5.3).

4.1.2 Die eindeutige Positionierung Stuttgarter Medien für das Großprojekt S21

Die beiden großen Stuttgarter Tageszeitungen – Stuttgarter Nachrichten und Stuttgarter Zeitung – gehören der Südwestdeutschen Medien-Holding an, die wiederum finanziell von der Landesbank Baden-Württemberg abhängig ist. Im Verwaltungsrat der Landesbank sitzt Heinz Dürr, der als Vorstandsvorsitzender der DB AG das Großprojekt S21 initiiert hatte (Jellen 2010 o. S.). Demnach ist die Unabhängigkeit dieser Zeitungen strukturell nicht gegeben, was sich allerdings nicht unbedingt in einer parteiischen Berichterstattung bemerkbar machen müsste. Im Fall von Stuttgart 21 stehen diese Medienhäuser offen zu ihrer Parteinahme. Der stellvertretende Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung erklärt Anfang September 2010: »Die Stuttgarter Zeitung hat schon lange eine klare Haltung zu Stuttgart 21: Wir sehen das Vorhaben positiv« (Maurer 2010 o. S.). Auch der Lokalchef der Stuttgarter Nachrichten, der später zur DB AG wechselt und Sprecher des Bahnprojekts Stuttgart 21 wird, bestätigt: »In allen Leitartikeln haben sich die Stuttgarter Nachrichten im Kern bisher stets für S 21 ausgesprochen« (Kontext 2015 o. S.). Diese parteiische Haltung kostet den beiden Medienhäusern einerseits zahlreiche Abonnements aus der Protestbewegung und dürfte andererseits die Öffentlichkeit maßgeblich zugunsten von S21 beeinflusst haben. Die in Kapitel 2.2.2 aufgezeigten Unzulänglichkeiten der Massenmedien, ihrer Rolle als kritische Vermittlungsorgane nachzukommen, hat sich bestätigt: Der Fall von Stuttgart 21 legt eine Verknüpfung von Projektinteressen und Abhängigkeiten der Medien offen.

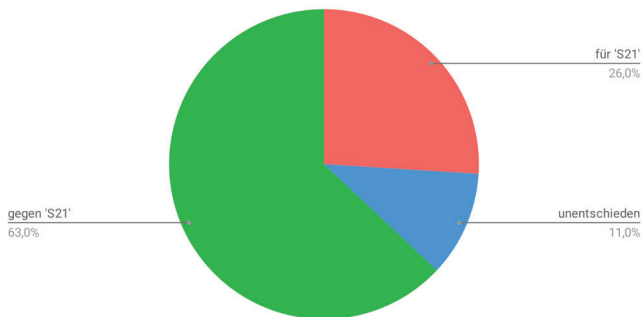
4.1.3 Stuttgart 21 und die Parteien im Spiegel des öffentlichen Meinungsbildes

Im August 2010 ist eine Mehrheit von 63 Prozent der Baden-Württemberger gegen das Großprojekt S21 und nur 26 Prozent sprechen sich dafür aus (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Einstellung zu »S21« in Stuttgart

Einstellung zu 'Stuttgart 21' in Stuttgart

(MM-Research GmbH: 12.08-16.08.2010)



Einstellung zu Stuttgart 21 in Stuttgart einige Tage vor dem ersten »Baggerbiss« am Stuttgart Hauptbahnhof am 25.08.2010 (Quelle: MM-Research GmbH: 12.08-16.08.2010).

Auch in den Wahlumfragen ist im Protestsommer 2010 ein Stimmenzuwachs der Grünen, die erklärtermaßen gegen S21 sind, zu erkennen: Im April 2010, also noch vor den Hochzeiten der Protestbewegung, liegt die S21-befürwortende CDU bei 41 Prozent, die Grünen bei 17 Prozent (Infratest 2010a). Ende Juli 2010, als bei der Protestbewegung gegen S21 ein Mobilisierungsanstieg zu erkennen ist, liegt die CDU nur noch bei 37 Prozent (-4), die Grünen bei 20 Prozent (+3) (Infratest 2010b). Von Mitte bis Ende August 2010 wird eine weitere Umfrage durchgeführt: Die CDU liegt hier zwar weiterhin bei 37 Prozent (+0), doch die Grünen steigen auf 24 Prozent (+4); die Anzahl derer, die sich gegen S21 aussprechen, sinkt auf 51 Prozent (-4), doch auch die Zustimmung für das Projekt sinkt auf 26 Prozent (-2) (Forsa 2010). Das öffentliche Meinungsbild in Baden-Württemberg stellte – ganz im Gegensatz zu Politik und Medien – demnach eine vielversprechende Ausgangssituation für die Protestbewegung gegen S21 dar.

4.2 Fraktionen der Protestbewegung gegen S21: institutionelle Organisationen und Protestbasis

4.2.1 Diversitätsstärke der Protestgruppen und ihrer Aktionsfelder

Innerhalb des ersten Untersuchungszeitraums hat sich die Protestbewegung gegen S21 schon in eine komplexe Struktur von Untergruppen und Vernetzungstreffen ausdifferenziert. Die Basis der Protestbewegung beginnt damit, sich strukturell und strategisch innerhalb der Proteste und Aktionen neben den bisherigen, teils professionellen Akteurinnen und Akteuren der Parteien und großen Umweltverbänden zu etablieren.

Der prominenteste Zusammenschluss innerhalb der Protestbewegung ist das im Zuge des Bürgerbegehrens im Jahr 2007 gegründete ›Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21‹. Es vertritt die Interessen der Bewegung auf politischer Ebene und gegenüber der Öffentlichkeit, organisiert Demonstrationen und sammelt Spenden für den Protest. Zudem versorgt es die Bewegung mit fundierten Informationen, Technik- und Sachargumenten und ist auch auf juristischer Ebene tätig. Das Bündnis setzt sich zudem für die S21-Alternative des sanierten Kopfbahnhofs (K21) ein. Es besteht zu Beginn der Massenproteste aus folgenden Organisationen und Initiativen: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND); Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; Gewerkschafter gegen Stuttgart 21; Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21; Aktive Parkschützer (APS); PRO BAHN e. V.; Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS); Stiftung Architekturforum Baden-Württemberg; Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD) (Aktionsbündnis geg. S21 2010c: 1).

Als ›Parkschützer‹ werden all jene bezeichnet, die sich auf der Webseite www.parkschuetzer.de registriert haben, um ihre Ablehnung von Stuttgart 21 öffentlich zu machen oder um darüber hinaus zu erklären, dass sie zivilen Ungehorsam leisten wollen. Die Webseite, initiiert von Ingenieur Klaus Gebhardt, wird im November 2009 freigeschaltet. Im Oktober 2010 sind bereits über 30 000 ›Parkschützer‹ auf der Seite registriert. Die Anmeldung auf der Webseite ist verknüpft mit der Auswahl der persönlichen Engagement-Stufe (siehe auch Kapitel 4.2.4). Auf Wunsch wird im Alarmfall, wenn Baumfällungen oder Abrissmaßnahmen unmittelbar bevorstehen, ein SMS-Alarm oder eine Alarm-E-Mail an die Parkschützer versandt. Somit hat diese Webseite mehrere Mobilisierungsfunktionen (vgl. Kapitel 2.1.1): Die Registrierung als Parkschützer gleicht einer Online-Petition mit dem möglichen Zusatz der Selbstverpflichtung zum zivilen Ungehorsam und dem Signal für Protestaktionen über den ›Parkschützer-Alarm‹. Über die Mobilisierung hinaus werden im Forum der Parkschützer-Webseite aktuelle Infor-

mationen ausgetauscht und Diskussionen geführt.⁵ Es handelt sich also nur sehr eingeschränkt um eine Protestgruppe im eigentlichen Sinn, die sich untereinander abstimmt, eigene Aktionsmöglichkeiten aushandelt und sich zu Besprechungen trifft. Die Einbindung der hier registrierten Parkschützer ins Protestgeschehen findet allerdings über Aktionstrainings und bei Demonstrationen und Aktionen statt, später auch über offene Aktionskonferenzen – auch wenn nur ein Teil der Parkschützer diesem Angebot nachkommt.

Die ›Aktiven Parkschützer‹ (APS) sind die erste Aktionsgruppe gegen S21, die sich bereits Anfang 2010 gegründet hatte, beziehungsweise aus einem Informationstreffen hervorgegangen war. Es ist anfangs ein Zusammenschluss derjenigen, die Interesse an einem weiter gefassten Aktionsrepertoire über Demonstrationen oder Diskussionsveranstaltungen hinaus haben und schon vor den Baumfällungen und Abrissarbeiten aktiv werden wollen. Die APS verstärken den aktionsorientierten Protest gegen S21: Sie veranstalten Aktionstrainings, gründen am 17. Juli 2010 eine Dauer-Mahnwache am Hauptbahnhof und organisieren viele einzelne Protestaktionen. Zudem leisten sie eine fundierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, besonders mit dem Blog ›Bei Abriss Aufstand‹. Anfangs sind ihre Treffen offen für weitere Interessierte. Im Sommer 2010 weitet sich der Protest gegen S21 aus und die Anzahl derer, die über die Demonstrationen hinaus aktiv werden wollen, steigt weiter an. Im Untersuchungszeitraum hat die Gruppe der APS etwa 40 Mitglieder und nimmt nur noch im Einzelfall neue Mitstreitende auf. Die Eigenbezeichnung ›Aktive Parkschützer‹ wird jedoch beibehalten, obwohl der Kreis der Aktiven innerhalb der Protestbewegung weit über die APS hinaus geht. Die Mitglieder der APS sind oft gleichzeitig in weiteren Struktur- und Bezugsgruppen aktiv. Deshalb erfüllt diese Gruppe auch die Funktion eines informellen und geschlossenen Strategie- und Vernetzungstreffens.

Während der Aktionstrainings der APS und auch ad hoc bei späteren Blockadeaktionen werden einzelne ›Bezugsgruppen‹ (BG) gebildet, um die Organisation und Entscheidungsfindung zu vereinfachen. Diese Aktionsgruppen bestehen in der Regel aus drei bis acht Aktivistinnen und Aktivisten. Jede BG hat eine Sprecherin oder einen Sprecher. Dadurch ist es möglich, über einen ›SprecherInnenrat‹ auf basisdemokratischer Ebene bei Aktionen mit vielen Beteiligten Entscheidungen nach dem Konsensprinzip zu treffen.

Um auch außerhalb direkter Aktionen eine Vernetzung der Basis zu ermöglichen und um gemeinsame Aktionen zu planen, wird das Koko⁶ gegründet. Hier treffen sich die Sprecher und Sprecherinnen der Bezugsgruppen abseits von Aktionen, zunächst in einer privaten Wohnung, später dann in einem eigens gemieteten

5 Es ist davon auszugehen, dass sich Einzelne nur angemeldet haben, um über das Projekt und die Proteste auf dem Laufenden gehalten zu werden, ohne S21 prinzipiell abzulehnen.

6 Koko = Koordinationskomitee (die Langform wird allerdings nicht verwendet).

Büro, dem ›Parkschützer-Büro‹. Inhaltlich und personell gibt es Überschneidungen mit den Treffen der APS.

Aus denjenigen Aktivistinnen und Aktivisten, die sich regelmäßig morgens zu Blockadeaktionen an der Baustelleneinfahrt am Nordausgang des Bahnhofs treffen, formiert sich die ›Torwache‹, später: ›Blockadegruppe‹, deren engster Kreis etwa 15 Aktive zählt; an den Blockadeaktionen nehmen jedoch zwischen 20 und mehreren Hundert Menschen teil. Die Schwerpunkte der Blockadegruppe sind selbst organisierte Protestaktionen und die Verbreitung von Informationen über zivilen Ungehorsam sowie Aufklärung über juristische Konsequenzen des Protests. Inhaltlich und auch personell gibt es hier ebenfalls Überschneidungen mit dem Koko und – sehr eingeschränkt – mit den APS.

Einzelne der bereits organisierten Aktivisten und Aktivistinnen rufen außerdem ein ›offenes Plenum‹ im Schlossgarten während des Nordflügelabrisses ab August 2010 für diejenigen ins Leben, die sich nun ebenfalls über die Demonstrationen hinaus austauschen und aktiv sein wollen, aber bisher noch nicht weiter vernetzt waren. Insgesamt finden drei Treffen mit jeweils 80 bis 120 Menschen statt. Nachdem es draußen im Stuttgarter Schlossgarten kälter wird und bald der erste Schnee ansetzt, wird aus diesem Treffen eine ›offene Aktionskonferenz‹ (später: ›Ratschlag gegen S21‹) entstehen. Zur ersten Aktionskonferenz im DGB Haus am 20. Oktober 2010 kommen 600 bis 800 Menschen, um die aktuelle Situation nach den Baumfällungen zu diskutieren, sich zu vernetzen und das weitere Vorgehen zu besprechen.

Darüber hinaus kooperieren einige weitere Gruppen und Organisationen mit der Basisbewegung oder nehmen regelmäßig an Treffen teil (z.B. Stuttgart Open Fair (SOFa), attac oder auch ver.di/Stuttgart). Weitere Gründungen von Infrastrukturgruppen zur Unterstützung der Protestaktivitäten folgen. Dazu gehören die ›Versorger‹, die für die Aktivistinnen und Aktivisten während Aktionen Essen und Trinken bereitstellen; der ›AK Jura‹, der sich um juristische Belange als Folge von Aktionen des zivilen Ungehorsams kümmert; ein Rechtshilfefonds, der es auch finanziell weniger gut aufgestellten Menschen ermöglicht, zivilen Ungehorsam zu leisten und die darauffolgende Ordnungsstrafe sowie die Gebühr für das Wegtragen der Blockierenden durch Polizeieinsatzkräfte (›Wegtragegebühr‹) übernimmt; das ›Deeskalationsteam‹; die ›Demo-Beobachter‹; ein Arbeitskreis für Kultur und später noch weitere Gruppen. Neben den Infrastrukturgruppen schließen sich die Aktivisten und Aktivistinnen zu Berufs- und Interessengruppen zusammen (aus der Gewerkschaft und dem Ingenieurwesen, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Unternehmerinnen und Unternehmer etc.). Auch Künstlerinnen und Künstler unterstützen den Protest. Musikerinnen und Musiker finden sich zu verschiedenen Musikgruppen zusammen. Besonders bei Demonstrationen haben sie eine wichtige Funktion, indem sie den Protest zusammenhalten und ermutigen. Weitere Bands und Einzelkünstlerinnen und -künstler, vornehmlich aus der Region, treten

regelmäßig bei den Kundgebungen der Protestbewegung auf und steuern zudem eigene Protestlieder, die in den Protestkanon mitaufgenommen werden, sowie Protestkunstwerke bei.

Nach dem schweren Polizeieinsatz am 30. September 2010 initiieren Aktivistinnen und Aktivisten ein neues Vernetzungstreffen, das ›Pow-Wow‹ (später: ›Widerstandsrat‹, ›Parkschütterratt‹). Hier sollen sich Sprecherinnen und Sprecher aller Protestgruppen – BGs, Strukturgruppen, Berufs- und Interessengruppen sowie sonstige Gruppen – vernetzen und strategische Entscheidungen treffen. Diese Initiative ist eine Reaktion auf strukturelle Intransparenz innerhalb der Protestbewegung und den Wunsch nach mehr Gewichtung und Entscheidungskompetenzen der Basis.

Der Schauplatz der allermeisten Protestaktivitäten und geplanter sowie spontaner Zusammenkünfte ist vornehmlich der öffentliche Raum. Dies führt dazu, dass viele Besprechungen jenseits des Parkschütterrats mit denjenigen Aktivistinnen und Aktivisten durchgeführt werden, die gerade vor Ort sind, was zu einer gewissen Beliebigkeit und Unverbindlichkeit innerhalb der Basisebene der Protestbewegung führt. Zudem lehnen einige derer, die regelmäßig an Protestaktionen teilnehmen, eine verbindlichere Organisation innerhalb der Basisgremien ab oder können aus anderen Gründen nicht in die Basisstrukturen integriert werden.⁷ Dies verleiht dem Protest gegen S21 eine fluide Struktur, die sich teilweise jenseits der protokollierten Treffen abspielt.

Medialer Aktivismus und eine im Konfliktverlauf neu entstandene Gegenöffentlichkeit sind ein wichtiger strategischer Bestandteil der Proteste. Zu den eigenen Medien der Protestbewegung gegen S21 gehören etliche Internetseiten⁸, die wichtigsten sind die Parkschützer-Webseite (parkschuetzer.de) und der Blog ›Bei Abriss Aufstand‹ (beibrissaufstand.de), letzterer mit dazugehörigem Twitter-Account, der von den APS betrieben und dessen Redaktion später jedoch für einzelne weitere Aktivistinnen und Aktivisten geöffnet wird. Aus proteststrategischer Sicht außerdem wichtig sind die Internet-Video-Streamer von ›Cams21‹, die mit ihren Live-Streams die meisten Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen der Protestbewegung dokumentieren. Im Umfeld der Protestbewegung gründen sich darüber hinaus mehrere Zeitungen und Magazine. Die bekanntesten sind ›einundzwanzig‹, ›Kontext Wochenzeitung‹ und ›Tunnelblick‹. Zahlreiche Fotografierende begleiteten über viele Jahre den Protest gegen S21, ebenso wie einige Video-filmende.

7 Die habituellen und sozialen Gründe hierfür sind vielfältig und eine Analyse wäre für ein besseres Verständnis von der gesellschaftlichen Integrationsfunktion sozialer Bewegungen sicher ertragreich, ginge aber über den Rahmen dieser Untersuchung weit hinaus.

8 Eine Liste von 173 Internetseiten der S21-Gegner findet sich unter [www.alle-gegen-s21.de/].

Der Bewegung gegen S21 standen demnach vielfältige Ressourcen zur Verfügung; durch den Zusammenschluss mit institutionellen Organisationen erweiterten sich diese noch um einen höheren Erfahrungs- und Professionalisierungsgrad. Doch die vornehmlich geschlossenen Treffen sowie formellen und informellen Hierarchien deuten darauf hin, dass die Binnenstrukturen der Pluralität der Bewegung gegen S21 insgesamt nicht gerecht wurden.

4.2.2 Entscheidungsstrukturen zwischen Partei-Avantgarde und Basisdemokratie

Zum Selbstverständnis der Protestbewegung gegen S21 gehört zwar auch die Forderung nach ›mehr Demokratie‹ (vgl. Bebnowski 2011: 13f.). Das zeigt sich allerdings nicht in ihren eigenen Strukturen. ›Wer macht, hat die Macht‹ wird von einigen Aktivistinnen und Aktivisten vereinfachend als Grundlage informeller Hierarchien innerhalb der Protestbewegung angesehen. Legitimität und Strategien der Entscheidungstragenden sind vielfach unbestimmt, unklar oder sogar intransparent. Die allermeisten Entscheidungen mit den größten Auswirkungen auf politische Strategie und Öffentlichkeitsarbeit der Protestbewegung werden im Aktionsbündnis gegen S21 getroffen. Dabei haben nicht alle dort vertretene Gruppen das primäre Ziel, S21 zu stoppen. In der Zusammensetzung innerhalb der ersten Untersuchungszeiträume sind von den zehn Mitgliedorganisationen mehr als die Hälfte etablierte Organisationen (Parteien, Verbände), die ein breiteres Themenspektrum, das über S21 hinausgeht, vorweisen. Eine Ausnahme bildet Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS), ein parteifreies Wählerbündnis auf Kommunalebene, bei dem S21 einer der wichtigsten Schwerpunkte ist. Es gibt nur drei monothematische Mitgliedorganisationen im Bündnis, die ausschließlich auf Aktivitäten gegen das Großprojekt ausgerichtet sind: Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21 wurde bereits im Jahr 1995 gegründet (Schmidt-Eisenlohr 2011 o. S.); die ›Gewerkschafter gegen Stuttgart 21‹ und die APS haben sich erst im Zuge des aufkommenden Protestes gegen S21 zusammengefunden.

Zu den protestbestimmenden Entscheidungen, die das Aktionsbündnis gegen S21 unabhängig von der Basis der Protestbewegung trifft, gehören strategische Grundsatzfragen zu Gesprächen mit der Gegenseite, Pressemitteilungen und Demonstrationen. Die Vertretungen der verschiedenen Mitgliedorganisationen müssen ihre Entscheidungen der Protestbasis weder erläutern noch von ihr absegnen lassen. Entscheidungen müssen allerdings im Einklang oder nach Absprache mit ihrer jeweiligen Organisation oder Partei getroffen werden. Dem Aktionsbündnis stehen umfassende finanzielle Ressourcen und eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Selektiv und sporadisch werden bei den Treffen des Aktionsbündnisses zwar auch ausgewählte Aktivisten und Aktivistinnen aus der Basis-

bewegung angehört. Ein konkretes Mitspracherecht bei Entscheidungen ist hier jedoch auch in diesen Fällen nicht gegeben.

Auch die APS, die sowohl im Parkschützerrat als auch im Aktionsbündnis gegen S21 vertreten sind, treffen ihre Entscheidungen unabhängig von der Basis, suggerieren aber mit Auftreten und Semantik den Anspruch, alle Aktivistinnen und Aktivisten der Protestbewegung zu repräsentieren. Dieser Eindruck wird bestärkt durch die Selbstbezeichnung der Gruppe als ›Aktive Parkschützer‹. Besonders über ihre semi-professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit haben sie Einfluss auf die Strategien und Deutungsmuster der Protestbewegung. Vereinzelt gibt es Bemühungen der APS, sich auch über ihren Mitgliedschaftskreis mit anderen Aktivisten und Aktivistinnen abzustimmen. Auf die Strategie des Aktionsbündnisses haben sie einen eingeschränkten Einfluss, da ihre dortige Gewichtung neben den großen Verbänden und Parteien in der Tendenz als weniger bedeutsam gewertet werden kann. Auch das Aktionsbündnis identifiziert sie als »kleine Aktivistengruppe« (Gangolf Stocker, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen S21, zitiert nach Rück 2010 o. S.). Der Einfluss der APS auf strategische Entscheidungen des Aktionsbündnisses wird im Laufe des Untersuchungszeitraums abnehmen.

Die Bezugsgruppen der Protestbasis werden an strategischen Entscheidungen, die über ihre eigene Beteiligung an Protestaktionen hinausgehen, nicht beteiligt. Ist bei größeren Protestaktionen eine Unterstützung von anderen Aktionsgruppen notwendig oder erwünscht, werden das Koko und später der Parkschützerrat als Vernetzungstreffen genutzt. Grundlage dieser Zusammenschlüsse ist ein basisdemokratischer Anspruch für die eigenen Entscheidungsabläufe. Allerdings sind die Abstimmungen nach dem Konsensprinzip sehr langwierig. Einzelne Gruppen, die abweichende Interessen haben, können außerdem mit einem Veto die Entscheidungsabläufe über Wochen blockieren. Auch die hohe Frequenz der Treffen, die im Untersuchungszeitraum wöchentlich stattfinden, und die lange Dauer von meist vier Stunden sorgen alsbald für Ermüdungserscheinungen unter den Basisaktivisten und -aktivistinnen. Hinzu kommt, dass die hier diskutierten strategischen Überlegungen kaum Einfluss auf die allgemeine Strategie der Bewegung haben, die hauptsächlich durch Aktionsbündnis und APS vorgegeben wird. Deshalb verbleiben schließlich im Jahr 2011 – innerhalb des letzten Untersuchungsabschnitts – nur etwa 20 Aktivisten und Aktivistinnen im Parkschützerrat. Neben den fehlenden Einflussmöglichkeiten auf die Proteststrategie, sind den Basisaktivisten und -aktivistinnen auch oftmals selbst die allgemeinen Entscheidungsabläufe nicht hinreichend bekannt. In den rückblickenden Interviews kritisiert eine Aktivistin die konstante Intransparenz der Entscheidungsstrukturen:

»Wer gibt eigentlich die Richtung vor, wer bestimmt die Strategie, gegen was wir gerade sind und für was oder welche Papiere gerade Geld ausgegeben wird? Das heißt, in der Bewegung gibt es, wie soll ich sagen, gibt es Cluster oder Bereiche, in

die wir als normale Bewegungsteilnehmer keinen Einblick haben.« (I2, *persönliche Kommunikation*, 04.10.2016)

In Kapitel 2.2.2 konnte aufgezeigt werden, dass sich die Protestpluralität auch in den Entscheidungsstrukturen reflektieren sollte, um einen langfristigen, demokratischen Protest zu gewährleisten und vielfältige Handlungs- und Strategieoptionen zu eröffnen. Innerhalb dieses Untersuchungsabschnitts der Protestbewegung gegen S21 war diese Voraussetzung nicht hinlänglich vorhanden. Innerhalb des Untersuchungszeitraums durchläuft die Basisbewegung zwar einen Wandel, der sich auf ihre Struktur und ihre strategische Reflexion auswirkte. Die Aktivistinnen und Aktivisten forderten vermehrt ihre Beteiligung an strategischen Diskussionen und Entscheidungen ein. Allerdings blieben ihre Bemühungen zur umfassenden Entscheidungsbeteiligung weitestgehend ohne Erfolg. Die informellen Hierarchien und der selbstermächtigende Anspruch einiger Weniger waren durchsetzungsfähiger als die oft langwierigen, basisdemokratischen Aushandlungsprozesse auf der Ebene der Basisbewegung.

4.2.3 Parteien und Verbände auf der Bühne der Protestbewegung: Politische Einflussnahme oder praktikable Politikbeeinflussung?

Die Reden auf den Kundgebungen der Protestbewegung haben einen starken Einfluss auf die Meinungsbildung der Protestakteurinnen und -akteure. Die Texte der Reden werden auf den Demonstrationen verteilt und an der Mahnwache ausgegeben, im Internet veröffentlicht und untereinander diskutiert. Besonders die Auswahl der Rednerinnen und Redner deutet deshalb auf konkrete politische Linien und Strategien der strategieprägenden Fraktionen hin, denen die Protestbewegung folgen sollte. Die Rednerinnen- und Rednerauswahl wird in den ersten Zeitabschnitten dieser Untersuchung durch das Aktionsbündnis gegen S21 getroffen. Im späteren Protestverlauf wird – nach einer Übergangszeit, innerhalb der die Demonstrationen aus dem Umfeld der APS organisiert werden – eine ›Demogruppe‹ gebildet, deren Zusammensetzung vornehmlich aus Akteurinnen und Akteuren des Aktionsbündnisses gegen S21, der APS und einzelnen weiteren Aktiven aus der Protestbewegung besteht. Die rahmengebende Funktion der Kundgebungsmoderation liegt während der ersten Protestphase bei Vertretungen des Aktionsbündnisses.

Die Montagsdemonstrationen sind über die Besetzung der Moderation und Hauptrede im ersten Zeitabschnitt der vorliegenden Untersuchung von BUND und den Grünen dominiert. Keine andere Gruppe aus dem Aktionsbündnis kann ihre Vertretung so oft auf diesen Schlüsselpositionen platzieren wie sie. Das lässt sich beispielhaft am Monat August 2010 verdeutlichen: Die 37. Montagsdemonstration moderiert Axel Wieland vom BUND Baden-Württemberg und Cem Özdemir, Bun-

desvorsitzender der Grünen, tritt als Redner auf. Bei der 39. Montagsdemo spricht Winfried Kretschmann (Fraktionsvorsitzender der Landtagsgrünen). Bei der 40. Montagsdemonstration übermittelt Axel Mayer vom BUND Freiburg solidarische Grüße aus Baden und Boris Palmer (Grüne), OB in Tübingen, spricht sich für einen anhaltenden friedlichen Widerstand aus.⁹ Bei der 41. Montagsdemonstration informiert Stuttgarter Gemeinderat Werner Wölflé (Grüne) über die aktuelle Situation nach Beginn der Abrissarbeiten am Hauptbahnhof, Axel Wieland BUND BaWü moderiert. Die allermeisten Themen hätten sicherlich auch von unabhängigen Akteurinnen und Akteuren der Protestbewegung übernommen werden können. Nur bei jeweils einer Demonstration treten – mit Gangolf Stocker als Vertreter von Leben in Stuttgart und Tom Adler in Personalunion als Vertreter von Die Linke sowie Gewerkschafter gegen Stuttgart 21 – andere Gruppen des Aktionsbündnisses auf der Kundgebungsbühne in Erscheinung. Im September und Oktober ist die Bühnenpräsenz des Aktionsbündnisses ausgewogener verteilt, die Organisationen im Aktionsbündnis zeigen eine Tendenz sich abzuwechseln.¹⁰

Neben der inhaltlichen und strategischen Einflussnahme auf den Protest über die Kundgebungsreden wirbt der BUND am Rande der Demonstrationen regelmäßig um Fördermitgliedschaften und generiert dadurch Mitgliedschaften und Spenden für die eigene Organisation. In der Wahrnehmung innerhalb der Protestbewegung verschwimmen die Grenzen zwischen BUND und dem Protest gegen S21 besonders stark.

Der Weg zu einer Toleranz der verschiedenen Radikalitäten (vgl. Kapitel 2.2.2) war innerhalb des ersten Untersuchungsabschnitts erschwert, da vornehmlich institutionelle Gruppierungen, die eigene Primärziele aufweisen, Entscheidungsstrukturen und Ausrichtung des Protests bestimmten. In der Weiterentwicklung der Bewegung gegen S21 innerhalb der folgenden Untersuchungsabschnitte wird sich noch zeigen, inwiefern es zu einer Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Fraktionen kam. Gleiches gilt für die Emanzipation der Protestbewegung von Parteien und Verbänden bei Fragen des Aktionsrepertoires, die gerade bei radikaleren

9 Dabei eröffnet Palmer, dass der Stuttgarter OB Schuster (CDU) ihm im Jahr 2004 zugesagt hatte, dass ein Bürgerentscheid durchgeführt werde, falls sich die Baukosten für das Bahnhofprojekt um mehr als 100 Millionen erhöhen würden.

10 Anmerkung zu den Quellen: Die Daten stammen von verschiedenen Quellen, bei zweien handelt es sich um die YouTube-Videos der tatsächlich gehaltenen Reden (YouTube-Nutzer: Walter Steiger (o.J.); Fehlnummerierung um +1 bis zur 40. Montagsdemonstration) und YouTube-Kanal von Buntgrau (o.J)) und dem Terminkalender der Parkschützer-Webseite (Parkschuetzer.de 2010-2011), in dem Termine als Ankündigungen im Voraus eingetragen wurden. Deshalb ist es möglich, dass eine nicht gefilmte und ungekündigte Zwischenmoderation nicht dokumentiert wurde. Dies hat auf die Darstellung der Tendenz der Bühnenpräsenz jedoch kaum Auswirkung.

Protestformen eine Rolle spielten. Hier sind aufseiten institutioneller Organisationen insbesondere juristische Aspekte von Bedeutung, da beispielsweise ein als gemeinnützig anerkannter Verein nicht zu zivilem Ungehorsam aufrufen darf, was deutliche Auswirkungen auf die Proteststrategien haben kann.

4.2.4 Identitäten und Ziele der Protestbewegung gegen S21

Mit einem Slogan bringt die Protestbewegung ihr wichtigstes Ziel auf den Punkt: Statt des Tiefbahnhofs S21 will sie mit dem modernisierten Kopfbahnhof K21 ›oben bleiben‹. Nicht nur in Sprechchören bei Kundgebungen, auf Flyern und Buttons ist dieser Slogan zu hören und zu finden. Auch Kundgebungsreden werden damit abgeschlossen und innerhalb der Protestbewegung ist es üblich, ›OBEN BLEIBEN!‹ als Grußformel für den Schriftverkehr zu verwenden. Selbst die Gesten für ›oben bleiben‹ in Gebärdensprache sind weiten Teilen der Protestbewegung geläufig.¹¹ Der Song ›Oben bleiben!‹ des regionalen Musikers Borna avanciert zu einer Hymne der Protestbewegung. Der Refrain ›Ihr könnt uns nicht vertreiben – wir wollen oben bleiben!‹ (8mobili 2010a) steht für die Selbstermutigung der Protestbewegung. Das Großprojekt S21 mit dem neuen Tiefbahnhof gilt der Protestbewegung als »Milliardengrab« (Bündnis Bahn für alle 2013 o. S.), in das Unsummen »verbuddelt« (ebd.) werden. Darüber hinaus liegen drei Erklärungen zum anfänglichen Selbstverständnis der Bewegung gegen Stuttgart 21 vor: die Parkschützer-Engagement-Stufen, das Gelöbnis der Demonstrierenden auf der Montagsdemonstration gegen S21 sowie der Aktionskonsens. Aus diesen Erklärungen lassen sich aufgrund ihrer Dichte in der Formulierung und ritualisierten Handhabung wie durch ein Brennglas die Identitäten und Ziele der Protestbewegung herauslesen.

Das prominenteste Selbstverständnis der Protestbewegung ist das Online-Bekenntnis der Parkschützer-Engagement-Stufen, das bei einer Registrierung im Parkschützer-Forum erfolgt (vgl. Kapitel 4.2.1). Zur Auswahl stehen Engagement-Stufen vom einfachen persönlichen Statement gegen die Baumfällungen im Mittleren Schlossgarten bis hin zur Ankündigung, sich im Ernstfall den Baufahrzeugen in den Weg zu stellen oder sich an die Bäume zu ketten. Waren es Ende 2009 erst einige hundert Parkschützer, steigt die Anzahl in den folgenden Monaten rapide an. Im Juli 2010 haben sich bereits 16 000 Parkschützer registriert, von denen sich über 1500 zu zivilem Ungehorsam selbstverpflichten. Ab August 2010 wird das Parkschützer-Stufenmodell vereinfacht, es gibt jetzt drei Engagement-Stufen: grün steht für die grundsätzliche Ablehnung des Großprojekts, orange

11 Die Kundgebungen der Protestbewegung wurden regelmäßig in Gebärdensprache synchronübersetzt.

steht für die Benachrichtigung bei Baumfällungen oder Abrissmaßnahmen und rot steht für die Selbstverpflichtung zu zivilem Ungehorsam (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Parkschützer-Engagement-Stufen

Ihre Engagement-Stufe*

Wenn sich genügend weitere Parkschützer anschließen, werde ich mich äußerstenfalls auch den Baufahrzeugen in den Weg stellen oder an Bäume ketten!
Bisher in dieser Stufe: 1809
Ich bin auch dabei ab:

Ich will im Ernstfall sofort benachrichtigt werden, wenn Bagger oder Baumfälltrupps anrücken; ich werde dann schnellstmöglich vor Ort kommen, um mit allen legalen Mitteln dagegen zu protestieren!
Bisher in dieser Stufe: 8100

Ich erkläre hiermit öffentlich gegenüber Politikern und Bauherren, dass ich jegliche Bauprojekte strikt ablehne, denen der Stuttgarter Schlossgarten ganz oder auch nur in Teilen zum Opfer fallen würde!
Bisher in dieser Stufe: 19086

[» Lesen Sie hier mehr über die Engagement-Stufen](#)

Quelle: Parkschuetzer.de 2010

Zu diesem Zeitpunkt ist der Höhepunkt der Anmeldungen beinahe erreicht. Mitte August 2010 haben sich beinahe 29 000 Parkschützer registriert, davon erklären sich etwa 1800 zu zivilem Ungehorsam bereit. Drei Wochen nach dem schweren Polizeieinsatz am 30. September 2010 wird sich die Anzahl der Parkschützer leicht auf insgesamt 30 000 erhöhen. Die Zahl derer, die bereit sind, zivilen Ungehorsam zu leisten, wird im Folgenden nicht maßgeblich ansteigen (Rüeck 2010 o. S.).

Gemeinsame Grundlage zum zivilen Ungehorsam bildet der Aktionskonsens der Protestbewegung. Während ihrer Aktionen des zivilen Ungehorsams berufen sich die Aktivistinnen und Aktivistinnen auf die einvernehmliche Erklärung zu ihrer Aktionsausrichtung, die Ende Juli 2010 auf dem Blog ›Bei Abriss Aufstand‹ veröffentlicht wird (BAA 22.7.2010 o. S.)¹². Bei täglichen Blockadeaktionen vor dem

12 Um einen chronologischen Überblick zu unterstützen und aufgrund der Vielzahl der Referenzen, wird bei Blogartikeln und Pressemitteilungen der Protestbewegung im Folgenden möglichst das konkrete Veröffentlichungsdatum bereits im Text genannt.

Nordausgang des Stuttgarter Hauptbahnhofs in den ersten Monaten der Massenprotestphase verlesen die Aktivistinnen und Aktivisten diesen Konsens über ein Megafon unmittelbar vor ihrer Räumung durch die Polizeieinsatzkräfte:

»Wir verhindern Stuttgart 21 – Stuttgart 21 steht dem Willen und dem Interesse der Bevölkerung entgegen. Deshalb sehen wir uns in der Pflicht, alle gewaltfreien Mittel zu nutzen, um dieses Projekt zu stoppen. Gesetze und Vorschriften, die nur den reibungslosen Projektablauf schützen, werden wir nicht beachten. [...]« (BAA 22.7.2010 o. S.)¹³

Das ritualisierte Verlesen des Konsenses vor jeder Räumung gleicht einem Mantra mit Aufforderungscharakter. Darüber hinaus stellt der Konsens auf der einen Seite einen Handlungsrahmen für die Aktiven her. Gleichzeitig ist es eine Selbstmotivation und Einschwörung vor den polizeilichen Maßnahmen. Auf der anderen Seite wird auf diese Weise den Polizeieinsatzkräften angezeigt, dass sich die Blockierenden als besonnene Menschen sehen, die Gewalt von sich weisen und nicht in Gegnerschaft zu den Einsatzkräften stehen. Dadurch kann für beide Seiten eine Übersichtlichkeit erzeugt und die krisenhafte Blockade- und Räumungssituation in eine Routinehandlung überführt werden. Im Text des Aktionskonsens wird der zivile Ungehorsam als einziges Druckmittel dargestellt, um S21 zu stoppen. Der Aktionskonsens steht also für den aktionsorientierten Teil der Protestbewegung, insbesondere für die APS, die mit ihren Medien den Aktionskonsens verbreiten (Flugblätter, Blog ›Bei Abriss Aufstand‹). Aber auch weiteren Aktivisten und Aktivistinnen, die an Blockadeaktionen teilnehmen, verhilft der Aktionskonsens, die eigene Protestidentität zu begründen und sich als Gemeinschaft während jeder Aktion jeweils neu einzuschwören.

Nachdem die Montagsdemonstrationen der Protestbewegung gegen S21 immer mehr Zulauf finden, initiiert am 2. August 2010, bei der 37. Montagsdemonstration, Andreas Keller, der langjährige Intendant der Internationalen Bach-Akademie Stuttgart, ein gemeinsames Gelöbnis der Protestbewegung gegen S21 (8mobili 2010b).¹⁴ Keller spricht dabei jeweils eine Zeile vor, die Demonstrierenden sprechen ihm nach: »Wir geloben, den Bahnhof zu schützen, den Nordflügel, den Südflügel. Wir geloben, den Park zu schützen, jeden Baum [...]«

13 Der komplette Text des Aktionskonsens und die sinnverstehende Rekonstruktion finden sich im Anhang 1.

14 Einige Tage zuvor hatte in Stuttgart das Bundeswehrgelöbnis stattgefunden. An den Gegenprotesten nahmen auch Aktivistinnen und Aktivisten der Protestbewegung gegen S21 teil. Der öffentliche militärische Schwur wurde innerhalb der Protestbewegung größtenteils kritisch reflektiert. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass das eigene Gelöbnis als Gegenmodell und nicht positive Reverenz zum Gelöbnis der Bundeswehr interpretiert wurde.

(8mobili 2010b).¹⁵ Diese Form der kollektiven Selbsterklärung ist besonders aus ethnografischer Sicht interessant, denn hier wird unmittelbar die Identität der Protestbewegung – oder vielmehr des Teils der Bewegung, der an der Montagsdemonstration teilnimmt – kundgetan. Das Gelöbnis beginnt damit, dass die Akteurinnen und Akteure der Protestbewegung versprechen, den Bahnhof mit Nord- und Südflügel sowie den Schlossgarten zu schützen. Im Verlauf des Textes schwächen sie diese Versprechen allerdings wieder etwas ab, da die darauffolgenden Aussagen durch eine appellative Form geprägt sind; die Akteurinnen und Akteure der Protestbewegung wollen von der Politik gehört werden. Die hierbei erklärten Forderungen der Protestbewegung sind: Baustopp, Neuberechnung der Projektkosten und, dass ihr Gegenvorschlag K21 als Alternative zu S21 ernst genommen wird. Als Druckmittel gegen die konkret benannten politischen Entscheidungstragenden (CDU, SPD, FDP) werden die anstehenden Wahlen genannt und, dass die Protestbewegung ›Krach machen‹ werde, bis sie gehört würde.

Diese drei Selbsterklärungen verdeutlichen die unterschiedlichen Ausrichtungen der Akteurinnen und Akteure der Protestbewegung gegen S21. Das Gelöbnis mit seinem appellativen Duktus sowie die Druckmittel des Krachmachens und der Wahlen steht für eine niederschwellige Proteststrategie. Der Aktionskonsens hingegen verdeutlicht die Strategie derjenigen Fraktionen der Protestbewegung, die das Projekt mittels zivilen Ungehorsams stoppen wollten. Von hervorgehobener strategischer Bedeutung ist die hier erklärte Gewaltfreiheit. Die Anzahl derer, die mittels zivilen Ungehorsams die Bäume und den Park schützen wollten, lag im vorliegenden Zeitabschnitt bei 1800 Parkschützern der Stufe Rot. Zunächst handelte es sich hier jedoch um ein bloßes Bekenntnis. Es ist im weiteren Protestverlauf davon auszugehen, dass die strategischen Handlungen der Protestbewegung darauf ausgerichtet sein werden, diese Bereitwilligen praktisch an den zivilen Ungehorsam heranzuführen. Dementsprechend wird die Strategie der aktionsorientierten Aktiven der Protestbewegung darauf ausgerichtet sein, als nächsten Schritt das Blockieren regelmäßig in Trainings einzuüben, um auch im Ernstfall der Baumfällungen handlungsfähig zu sein. Der Ziellogik entsprechend sollten dann die Parkschützer der Stufe Rot im Vorfeld des Ernstfalls in der Mobilisierung zu niederschwelligen Aktionen besonders angesprochen werden. Im Vergleich zu den Demonstrationsteilnehmenden war die Anzahl der Parkschützer der radikalsten Stufe sehr gering. Die Anzahl derer, die sich zu zivilem Ungehorsam bekannten, stellt zudem nur einen geringen Bruchteil der gesamten Registrierungen auf der Parkschützer-Webseite dar. Demnach ist als weiterführende Proteststrategie zu erwarten, dass weitere Informationen über zivilen Ungehorsam innerhalb der Protestbewegung verbreitet werden, um ein Verständnis für diese Aktionsform aufzu-

15 Der komplette Text des Gelöbnisses und die sinnverstehende Rekonstruktion finden sich im Anhang 2.

bauen und die Hemmschwelle unerfahrener Aktivistinnen und Aktivisten hierbei herabzusetzen. Diese Überlegungen helfen im Folgenden dabei aufzuzeigen, inwiefern die strategischen Handlungen mit den erörterten Zielen übereinstimmen und welche Gewichtung die unterschiedlichen Proteststrategien innerhalb der Bewegung erlangte.

4.3 Massentaugliche Proteststrategie und Aktionsrepertoire

Wie bereits in Kapitel 2.4.2 aufgezeigt können soziale Bewegungen mittels Strategien des zivilen Ungehorsams und der Massenproteste auf eine Revidierung bereits getroffener Entscheidungen hinwirken. Auch in der strategischen Ausrichtung der Protestbewegung gegen S21 spielen Massenmobilisierung und ziviler Ungehorsam eine herausragende Rolle. Bei der Auswertung der Aktionsvorbereitungen und erster Meilensteine der Protestbewegung galt den strategischen Handlungslogiken der Protestbewegung gegen S21 hinsichtlich ihrer postulierten Ziele (vgl. Kapitel 4.3) besonderes Augenmerk.

Die Protestaktivitäten, insbesondere der APS, sind im Schwerpunkt auf das Image der Protestbewegung innerhalb der allgemeinen Öffentlichkeit ausgerichtet, die ihrerseits Druck auf die S21-Vertragsparteien ausüben oder deren Zusammensetzung über Wahlen beeinflussen könnte. Die direkte Beeinflussung politischer Entscheidungstragender und politischer Prozesse wird nur nachrangig in die Proteststrategie integriert. Insbesondere die Einwohnerinnen und Einwohner Stuttgarts und Baden-Württembergs als vom Bau des Großprojekts direkt oder indirekt Betroffene stehen im Fokus der Öffentlichkeitsarbeit der Protestbewegung. Die Grundlage der eigenen Proteststrategie wird vom Pressesprecher der APS wie folgt zusammengefasst:

»Die Bürger müssen den öffentlichen Diskussionsprozess so stark beherrschen, dass sie für ihr Anliegen Mehrheiten hinter sich versammeln können. Dies ist eine entscheidende Grundlage für das politisch-strategische Potenzial von Bürgerbewegungen und für die Ausrichtung ihrer Pressearbeit.« (von Herrmann 2016: 46)

Die Öffentlichkeitsarbeit war folglich darauf ausgerichtet, Mehrheiten in der öffentlichen Debatte zu gewinnen. Die Protestbewegung verfolgte demnach eine Strategie der durchsetzungsstärksten Argumente, die das Fundament ihrer Protestaktionen bildeten. Entsprechendes ging es also darum, mittels Massenmobilisierung die Durchsetzbarkeit des Großprojekts zu widerlegen (vgl. Kapitel 2.4.2 und 4.1.1).

Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums finden regelmäßig Demonstrationen statt: Die wöchentlichen Montagsdemonstrationen gegen S21 mit jeweils

bis zu 15 000 Menschen¹⁶ (vgl. Schulz-Braunschmidt 2010 o. S.) und die etwa monatlich stattfindenden Großdemonstrationen freitags bzw. samstags mit weitaus mehr Teilnehmenden. Zudem treffen sich die Akteurinnen und Akteure der Protestbewegung zu spontanen und anlassbezogenen Demonstrationen. Darüber hinaus finden regelmäßig Aktionen des zivilen Ungehorsams statt. Es gibt eine Dauerblockade vor der Baustellenzufahrt am Nordausgang des Hauptbahnhofs mit einigen Dutzend Teilnehmenden, außerdem spontane Kreuzungsblockaden mit mehreren Hundert Blockierenden, meist im Anschluss an die Montagsdemonstrationen. Später errichtet die Protestbewegung im Stuttgarter Schlossgarten eine Zeltstadt und besetzt hier einige Bäume. Zusätzlich werden niederschwellige Protestaktionen organisiert, wie zum Beispiel Protestmail-Aktionen und Briefaktionen oder das Lärmmachen beim sogenannten Schwabenstreich.

4.3.1 Niederschwellige Protestaktionen: Briefaktionen, Druck auf beteiligte Firmen und ›Schwabenstreich‹

Zu den niederschweligen Aktionsformen der Protestbewegung gehörten Brief- und E-Mail-Aktionen sowie die vielen privaten Briefe der Leserschaft vornehmlich an die Stuttgarter Medien, die die Protestbewegung auch ohne Aufforderung schreibt. Zu gemeinsamen Brief- und E-Mail-Aktionen wird vorwiegend auf dem Blog ›Bei Abriss Aufstand‹ der APS aufgerufen. Die Adressatinnen und Adressaten dieser Aktionen sind oftmals politische Entscheidungstragende. Unter anderem gibt es folgende Aktionen: Briefaktion an die Landtagsfraktionen mit Textvorschlag und E-Mail-Adressen der Projekt-Befürwortenden im Landtag (BAA 23.07.2010 o. S.); »Jetzt bei Herrn Ramsauer die Herausgabe der Kostenrechnung der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm fordern« (BAA 21.07.2010a o. S.); Muster-Strafanzeigen wegen Untreue u.a. gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Oettinger und den Vorstandsvorsitzenden der DB AG Grube (BAA 02.08.2010b o. S.). Gleichzeitig setzt die Protestbewegung die am Projekt S21 beteiligte Firmen unter Druck. Beispielsweise organisieren Aktivistinnen und Aktivisten vor Beginn der Abrissarbeiten des Bahnhofsnordflügels eine gemeinsame Fahrt zur Abrissfirma GL-Abbruch, um an die Beschäftigten Flugblätter zu verteilen und in der Umgebung der Firma zu plakatieren. Sie veröffentlichen außerdem weitere Baustellen von GL-Abbruch, um Nachahmungen ihrer Aktion anzuregen (BAA 21.07.2010b o. S.). Als der Abriss des Nordflügels beginnt, machen die APS weitere beteiligte Firmen samt Kontaktmöglichkeiten publik (vgl. BAA 03.08.2010 o. S.).

Eine besonders identitätsstärkende, ritualisierte Protestaktion war der sogenannte Schwabenstreich, initiiert von Schauspieler Walter Sittler, nach einer ge-

16 Anzahl der Demonstrierenden ist im Folgenden der Mittelwert aus Polizeiangaben und Angaben der Protestbewegung.

meinsamen Idee mit dem Theaterregisseur Volker Lösch, am 28. Juli 2010. Jeden Tag wird Punkt 19 Uhr mit Trillerpfeifen, Vuvuzelas und Topfdeckeln für 60 Sekunden Lärm gegen S21 gemacht. Es bilden sich hierfür eigene Schwabenstreichgruppen, die sich täglich oder wöchentlich zum gemeinsamen Schwabenstreich treffen. Bereits drei Tage nach dem ersten Schwabenstreich gibt es 34 Treffpunkte zum gemeinsamen Schwabenstreich in Stuttgart und im Umland (BAA 30.07.2010 o. S.), später auch in Berlin. In manchen Stuttgarter Stadtteilen ist der Schwabenstreich so laut, dass der Lärm über ganze Häuserblöcke und Straßenzüge zu hören ist. Zusätzlich werden Fenster und Balkons mit Bannern, Postern und Fahnen gegen S21 geschmückt. Hier zeigt sich, dass die im Gelöbnis angesprochene Strategie des Lärmmachens (vgl. Kapitel 4.2.4) prominent in das Aktionsrepertoire der Protestbewegung integriert wurde. Im Grunde kann die Aktionsform des Schwabenstreichs sogar als niedrigschwellige Vorstufe des zivilen Ungehorsams angesehen werden, die jedoch kaum Konsequenzen hat. Dabei hat der Schwabenstreich zudem eine Doppelfunktion: Auf der einen Seite wurde über die ritualisierte Handlung die Protestidentität gestärkt, auf der anderen Seite hat der Schwabenstreich eine wichtige Mobilisierungsfunktion, da hierdurch der Eindruck entstehen konnte, als hätte die Protestbewegung weite Teile der Stadt Stuttgart für sich eingenommen.

4.3.2 Erfolgreiche Mobilisierungsstrategie in der Anfangsphase: Aktionstrainings, ›Parkschützer-Alarm‹ und Eventisierung der Massenproteste

Das erste öffentliche Training für zivilen Ungehorsam gegen Stuttgart 21 organisierten die APS bereits Mitte April 2010. Zum Inhalt der Trainings gehört das Verhalten bei einer Sitzblockade, auch das Anketten an Bäume wird geübt. Zu diesem Zeitpunkt hatten schon über 1000 Parkschützer erklärt, im Ernstfall Baufahrzeuge behindern oder sich an Bäume ketten zu wollen. In den folgenden Monaten organisieren die APS weitere Aktions- und Blockadetrainings. Die Anzahl der Teilnehmenden der einzelnen Trainings nimmt stetig zu und erreicht Anfang August 2010 mit 60 Teilnehmenden einen Höhepunkt (APS 07.08.2010 o. S.). Insgesamt absolvierten mehrere Hundert Aktivistinnen und Aktivisten ein Training, um sich auf den Ernstfall der Baumfällungen und des Bahnhofabrisses vorzubereiten (Kaul 2010 o. S.).

Zusätzlich finden einige wenige Informationsveranstaltungen zur theoretischen Begründung zivilen Ungehorsams und zu den rechtlichen Aspekten dieser Aktionsform statt. Strategische Gesichtspunkte werden bei diesen Veranstaltungen weitestgehend vernachlässigt. Die Protestbewegung organisiert nur vereinzelte Probe-Sitzblockaden am Nordflügel des Hauptbahnhofs. Hier liegt die Teilnehmendenzahl zwischen 15 und 250 Menschen. Bei den Aktionstrainings

bilden sich einige Bezugsgruppen, die über die Basisstrukturen in den Protest eingebunden werden können. Aber auch für sie gibt es keine weiteren maßgeblichen Übungen und Hintergrundinformationen zu zivilem Ungehorsam. Die Trainings sind zwar umfangreich, aber der zivile Ungehorsam wird im Protestalltag nicht gezielt eingeübt oder weitläufig integriert.

Diese strategische Herangehensweise zeigt zunächst, dass der zivile Ungehorsam durchaus gewürdigt wurde. Allerdings führten die zahlreichen Trainings nur zu einem schnellen Aufbau an Aktiven und einer breiten Streuung der Mobilisierung, anstatt eine solide und gut vorbereitete Protestbasis zu schaffen. Gezielt werden die Absolventinnen und Absolventen der Trainings, bis auf einige Info-E-Mails, kaum in das alltäglich Protestgeschehen eingebunden. Hier zeigt sich schon im Ansatz, dass vornehmlich die Strategie einer schnellen Massenmobilisierung verfolgt wurde.

Das Aufstellen der Mahnwache vor dem Nordflügel des Hauptbahnhofs am 17. Juli 2010 markiert den Beginn des ›Vollzeitprotests‹ für einen Teil der Protestbewegung. Die Spendenbereitschaft der Protestbewegung ist sehr hoch und ihre Mahnwache wird überhäuft mit Sach- und Nahrungsmittelspenden: Essen, Trinken, Klappstühle bis hin zur Tischtennisplatte. Die Mahnwache stellt somit einen gewissen Teil der Infrastruktur für diejenigen, die nun täglich die Baustelleneinfahrt blockieren, bis sie von der Polizei geräumt werden. Allerdings kommt es hier zu ersten Irritationen über die Verteilung der Sachspenden zwischen der gut strukturierten Mahnwache und den weniger organisierten Dauerblockierenden. Jeden Abend, selbst wenn zuvor keine Demonstration stattfand, ist hier ein Treffpunkt für mehrere Dutzend Menschen (BAA 21.07.2010c o. S.). Der Protest wird zu einem alltagsprägenden Mittelpunkt vieler Aktivistinnen und Aktivisten. Die Mahnwache ist außerdem ein wichtiger Informationspunkt für die Protestbewegung, denn hier liegen die neuesten Flugblätter aus und es wird auf besondere Protestereignisse hingewiesen. Auch Reisende und Passanten erhalten hier kritische Projekt-Informationen.

Die Nordflügelbesetzung am 26. Juli 2010 ist die erste große Aktion des zivilen Ungehorsams gegen das Großprojekt. Am Abend dringt eine kleinere Gruppe von Aktivistinnen und Aktivisten in den leerstehenden Bahnhofsfügel ein; über Leitern und Fenster folgen ihnen spontan weitere Demonstrierende, die wegen einer Montagsdemonstration gegen S21 bereits vor Ort sind. Der Nordflügel bleibt mehrere Stunden von über 50 Menschen bis zu ihrer Räumung durch Polizeieinsatzkräfte besetzt (BAA 27.07.2010 o. S.). Besonders die APS bemühen sich anschließend um eine nahbare Öffentlichkeitsarbeit hierzu. Dies zeigt beispielhaft folgende Einleitung zu einem Erlebnisbericht einer Aktivistin der APS, der im Forum der Parkschützer und auf dem Blog ›Bei Abriss Aufstand‹ verbreitet wird:

»Ich (Architektin – z.Zt. mehr Hausfrau, 3 Schulkinder, bürgerlich, mit Haus und Garten und wie man's sich so vorstellt) bin gestern, nachdem ich lange die Leiter mit festgehalten hatte, auch spontan hochgeklettert [,] obwohl ich tierische Höhenangst habe. Drinnen traf ich etliche Parkschützer. Die Stimmung war ausgelassen und dennoch sehr diszipliniert, wenn es Besprechungen gab.« (BAA 27.07.2010 o. S.)

Die Bürgerlichkeit und Normalität der Besetzerinnen und Besetzer werden hier hervorgehoben. Gleichzeitig wird verdeutlicht, dass die Protestbewegung besonnen vorgeht und Besprechungen, selbst bei einer spontanen Hausbesetzung, diszipliniert durchgeführt werden.

Auch SÖS-Stadtrat und Mitglied im Aktionsbündnis Hannes Rockenbach hatte sich spontan an der Aktion beteiligt. Er betont allerdings, dass stattdessen Massenaktionen strategisch sinnvoller seien, und gewährt dadurch einen Einblick in die strategische Sichtweise des Aktionsbündnisses:

»Richtig ist aber auch, dass Stuttgart 21 nicht durch die Entschlossenheit weniger verhindert werden kann. Aktionen wie am Montag sind vielleicht für pressewirksame Bilder gut, aber unser Widerstand lebt von der bunten Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger.« (Rockenbach 2010 o. S.)

Diese Besetzungsaktion hatte eine wichtige Mobilisierungsfunktion für die weitere Entwicklung des Protests, denn durch den reibungslosen Ablauf und die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit wurde die Hemmschwelle für weiteren zivilen Ungehorsam herabgesetzt. Regelmäßige Kreuzungsblockaden mit mehreren Hundert Teilnehmenden im Anschluss an die Demonstrationen der Protestbewegung folgten.

Zur ersten Parkschützer-Alarmsituation im Zusammenhang mit S21-Bauarbeiten kommt es am 30. Juli 2010. Am späten Abend werden Bagger, Container und Zaunelemente zum Abbruch des Nordflügels des Stuttgarter Hauptbahnhofs angeliefert. Bis zu 2000 Demonstrierende finden sich nach Erhalt der Parkschützer-Alarms zu einer spontanen Demonstration am Hauptbahnhof zusammen. Sie blockieren unvermittelt die umliegenden Straßenkreuzungen und bringen dadurch den Verkehr zum Erliegen. Auch die Baufahrzeuge werden blockiert, einige Dutzend der geübteren Blockierenden, darunter auch der Grünen-Fraktionsvorsitzende Werner Wölfe, müssen von Polizeieinsatzkräften weggetragen werden. Die Straßenblockaden dauern bis in die Nacht hinein. Unterdessen wird ein Bauzaun um den Nordflügel unter Polizeischutz errichtet (APS 30.07.2010 o. S. und Hantke 2010 o. S.). Später schmücken Aktivistinnen

und Aktivisten den Zaun mit Plakaten, Zeichnungen und anderen Kunstwerken, dadurch wird er zu einem Symbolbild ihres Protestes.¹⁷

Diese erste Alarmsituation und die darauffolgenden Blockadeaktionen haben einen deutlichen Mobilisierungseffekt auf die Protestbewegung. Am folgenden Tag blockieren Aktivistinnen und Aktivisten abermals Straßen und protestieren am Stuttgarter Rathaus. Das Aktionsbündnis gegen S21 kündigt weitere Protestaktionen an (Aktionsbündnis geg. S21 2010a: 1). Es finden ab diesem Zeitpunkt teils mehrmals täglich Blockadeaktionen vor der S21-Baustelleneinfahrt mit 5 bis 20 Teilnehmenden statt. Bei Einzelaktionen und größeren Abrissarbeiten sind es bis zu mehreren Hundert Aktivistinnen und Aktivisten (Lessat 2010a o. S.), von denen einige oftmals an der Baustelleneinfahrt übernachten. Die Mobilisierung zu zivilem Ungehorsam scheint sich angesichts der Straßenblockaden und der selbstständigen Einrichtung einer Dauerblockade vor der Baustelleneinfahrt verselbstständigt zu haben. Die Protestbewegung erzielte auch ohne konkrete Aktionsplanungen konstante Mobilisierungserfolge.

Besonders abends sind die S21-Baustelleneinfahrt und die Mahnwache ein beliebter Treffpunkt der Protestbewegung, mit Straßenmusik, Diskussionen und Begegnungen – trotz des Ernstes der Lage herrscht meist ausgelassene Stimmung. Das Milieu der Protestierenden wird zunehmend heterogener und die unterschiedlichsten sozialen Gruppierungen treffen aufeinander. Die Aktivistinnen und Aktivisten vermischen sich mit ›Eventpublikum‹, abends wird an der Baustelleneinfahrt Bier getrunken und musiziert. Bald kommt es zu ersten Konflikten zwischen den Fraktionen der Bewegung, die auf gepflegteren, bürgerlichen Protest Wert legen, und den ungezwungener agierenden Aktivistinnen und Aktivisten, deren Zusammensetzung vornehmlich eine Mischung aus Selbstständigen, ›Alt-68ern‹, dem Studentenmilieu und dem Prekariat darstellt. Dennoch sind die Stimmung und die Konfliktesart innerhalb der Protestbewegung größtenteils positiv und optimistisch. Durch die vielen Blockadeaktionen und die hohe Teilnehmendenzahl bei den Demonstrationen erscheint es momentan einem Großteil der Protestbewegung tatsächlich plausibel, dass S21 bald gestoppt werden könnte. Exemplarisch dafür steht ein martialisch anmutender Aufruf zur Großdemo am 7. August: »Lasst uns dem Projekt Stuttgart 21 den Todesstoß versetzen!« (BAA 02.08.2010a o. S.).

Für die Aktivistinnen und Aktivisten der APS war es kein hervorgehobenes Ziel, zur überschaubaren Dauerblockade vor der Baustelleneinfahrt zu mobilisieren. Stattdessen setzen sie weiter auf eine breite Massenmobilisierung und spielen ihre Aktionstrainings ohne Not gegen die Dauerblockade aus: »Bitte kommt, wenn irgend möglich, zu unseren Aktionstrainings. Das ist wichtiger als die Dauersitzblockade,« heißt es in einem Aufruf (BAA 04.08.2010 o. S.). Für die Dauerblockade selbst wird nicht explizit öffentlich mobilisiert. Die Anzahl der Aktivistinnen und

17 Heute ist ein Stück des Bauzauns im Haus der Geschichte in Stuttgart zu besichtigen.

Aktivisten bleibt hier gering und es gelingt ihnen nicht, Baufahrzeuge über einen längeren Zeitraum zu blockieren (BAA 13.08.2010 o. S.), bevor die Blockierenden von Polizeieinsatzkräften wieder geräumt werden. Bei den Demonstrationen steigt hingegen die Zahl der Teilnehmenden. Auf der 37. Montagsdemonstration am 2. August demonstrieren 6000 Menschen (SÖS 2010 o. S.), knapp zwei Wochen später, am 13. August, bilden rund 20 000 Demonstrierende eine Menschenkette um den Hauptbahnhof als Zeichen gegen das Großprojekt (AFP/jre 2010 o. S.). Erst am 14. August 2010 veranstalten die APS schließlich eine Probesitzblockade am Nordflügel, um den zivilen Ungehorsam einzuüben (APS 09.08.2010 o. S.). Etwa 250 Menschen üben hier gemeinsam die Sitzblockade – ohne Baustellenverkehr, da es Samstagmittag ist (Muschel 2010 o. S.). Zur nächsten größeren symbolischen Aktion des zivilen Ungehorsams kommt es am 16. August 2010 während einer Montagsdemonstration. Aktivistinnen und Aktivisten öffnen den Bauzaun am Nordflügel und mehrere Hundert Menschen strömen auf das Gelände (Dpa 2010a o. S.). Sie besetzen den Platz vor dem Nordflügel für zwei Stunden. Nach ersten Überlegungen, eine Dauerbesetzung anzustreben, beschließen sie jedoch, das Gelände mit musikalischer Begleitung und einer großen Polonaise wieder zu verlassen (APS 16.08.2010). Insgesamt zeigt sich innerhalb dieses Zeitabschnitts, dass der Aktions-schwerpunkt der vorherrschenden Protestgruppen nicht bei den Dauerblockaden lag. Stattdessen wurden Massenproteste, vornehmlich angemeldete Demonstrationen und der gemeinsame Schwabenstreich, als Schwerpunkt des Aktionsrepertoires der Protestbewegung favorisiert und unterstützt.

Die letzte große Alarmsituation innerhalb dieses Zeitraums ist der Beginn des Fassadenabrisses (»Baggerbiss«) am Bahnhofsnordflügel am 25. August 2010. Die vorherrschende Konfliktwahrnehmung der Protestbewegung war zuvor optimistisch, sodass der Abriss der Nordflügel-Fassade für viele unerwartet stattfindet. Als Reaktion zeigt sich der Protest gegen S21 in einer unbändigeren Form. Die Aktionen sind weniger durch das in vorherigen Aktionstrainings vermittelte Wissen bestimmt, sondern vielmehr durch die Empörung über die von der Protestbewegung als solche wahrgenommene »Provokation«. Die Lesart der vorherrschenden Stimmung in den Stuttgarter Medien, die sich in diesem Fall nicht grundsätzlich von der Wahrnehmung der Protestbewegung unterscheidet, veranschaulicht exemplarisch folgender Ausschnitt aus der Stuttgarter Zeitung online:

»Nachdem sich die Meldung vom Beginn der Abbrucharbeiten herumgesprochen hatte, strömten Demonstrierenden aus allen Richtungen zum Bahnhof. Etwa 60 Aktivisten versammelten sich zu einer spontanen Sitzblockade direkt vor dem Nordflügel. Einige stellten Liegestühle auf der Heilbronner Straße auf. [...] Der Verkehr in der Innenstadt ist komplett zum Erliegen gekommen. Auf fast allen Ein- und Ausfahrtsstraßen stünden die Autos Stoßstange an Stoßstange, sagte eine Sprecherin der Polizei. [...] Die Polizeibeamten bauten einen zusätzlichen Zaun

am Bahnhof auf und umzingelten die Sitzblockierer. Die meisten verließen daraufhin freiwillig den Platz, etwa 30 wurden weggetragen. Ein Demonstrant hatte sich mit Handschellen an den großen Bauzaun gekettet, die Polizei rückte daraufhin mit einem Bolzenschneider an. Ansonsten verläuft die Demonstration nach Polizeiangaben bisher zwar laut, aber friedlich.« (Ddp-bwb et al. 2010 o. S.)

An den spontanen Demonstrationen in der Innenstadt nehmen 9000 Menschen teil, parallel besetzen sieben Aktivistinnen und Aktivisten das Bahnhofsdach (Mik et al. 2010 o. S.). Einen Tag später deutet der Vorstandsvorsitzende der DB AG den Abriss des Nordflügels in einem Brief als »ein für alle unübersehbares Signal des Projektfortschritts«. Damit sei bewiesen worden, dass die DB AG das Projekt weiter wie geplant vorantreibe, führt er weiter aus (BAA 28.08.2010 o. S.). Der Fassadenabbriss wurde von der Protestbewegung insgesamt als provokante »Machtdemonstration« der S21-Projektbetreibenden empfunden. Entsprechend groß war ihre Empörung und die Mobilisierung zu spontanen Protesten. Diese Lesart der Protestbewegung wird durch den Brief des Vorstandsvorsitzenden der DB AG indirekt bestätigt.

Es lässt sich abschließend feststellen, dass diese Massenprotestaktionen nicht aus den organisierten Strukturen der Protestbewegung entstanden waren. Vielmehr handelte es sich hier um spontane Reaktionen, die durch eine gewisse Unkontrollierbarkeit gekennzeichnet waren. Die Protestbewegung brachte wiederholt den Straßenverkehr zum Erliegen, ihr Protest zeigte sich in einer unbändigen Form und der Konflikt spitzte sich weiter zu. Doch trotz des Ausnahmezustands in Teilen der Stuttgarter Innenstadt kam der Protest ohne Sachbeschädigungen aus und es waren keine gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Aktivisten und Aktivistinnen mit Polizeieinsatzkräften zu beobachten. Der Aktionskonsens schien von einem größeren Teil der Protestbewegung Akzeptanz gefunden zu haben. Die Protestbewegung gegen S21 legte demnach Wert auf das Vermeiden von Eskalationen und die Aktivistinnen und Aktivisten achteten aufeinander, damit die Stimmung von der Empörung nicht in Aggression und physische Gewalt kippen würde. Beispielhaft hierfür steht auch die Warnung vor einem indirekten Gewaltaufruf: Am Rande einer Demonstration verteilen zwei Demonstrierende oder »agents provocateurs« Flugblätter, auf denen zu lesen ist: »Wie lange demonstrieren WIR schon? 42 Wochen. Hat es was gebracht? Nein! [...] Keine Gewalt ist auch keine Lösung?« (BAA 04.09.2010). Zügig werden sie von einem Demonstranten angesprochen und, mit dem Verweis auf die entschiedene Gewaltfreiheit und den Aktionskonsens, gestoppt (ebd.). Dieses Beispiel verdeutlicht, wie der Aktionskonsens von der Protestbewegung internalisiert wurde und für sie handlungsleitend war. Auch eine Umzingelung des baden-württembergischen Landtags zwei Tage nach Beginn der Abrissarbeiten am Nordflügel veranschaulicht dieses Prinzip: Während eines Demonstrationszuges umstellen die über 30 000 Demonstrierende das Landtags-

gebäude. Zwischen dem Gebäude und den augenscheinlich erregten Demonstrierenden stehen nur einige Polizeieinsatzkräfte in einer losen Kette. Um eine Eskalation zu verhindern, stellen sich Demonstrationsordner und weitere Demonstrierende schützend zwischen Polizeieinsatzkräfte und die empörte Menschenmenge und fordern letztere auf ruhig zu bleiben. Nach einer Stunde beendet die Protestbewegung die Landtagsumzingelung freiwillig, ohne dass es zu Zwischenfällen kommt (Stoesser 2010a o. S.).

Die Strategie der Gewaltfreiheit kennzeichnet auch die weitere Entwicklung des Protests. Dennoch wird bereits im August 2010 bekannt, dass die Protestbewegung gegen S21 durch den Verfassungsschutz beobachtet wird. Ein Nachrichtenmagazin berichtet hierzu:

»Der baden-württembergische Verfassungsschutz beobachtet den wachsenden Protest gegen das Bahn-Großprojekt Stuttgart 21. »Parteien aus dem linksextremistischen Spektrum wie DKP, MLPD und die Linke [sic!] versuchen, den Protest seit längerem zu instrumentalisieren«, sagte der Vizepräsident des Landesamts für Verfassungsschutz, Frank Dittrich, zu FOCUS. »Sie probieren, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufzunehmen und mit ihrer Kritik am politischen System zu verbinden.« Es sei den Linksextremisten aber bisher nicht gelungen, ihren Einfluss so auszudehnen, dass sie breite Bündnisse erzielen. Aus Sicht des Verfassungsschutzes werden »diese Proteste immer noch bei weitem durch das bürgerlich-demokratische Spektrum dominiert.« (Ast/AFP 2010 o. S.)

Die Protestbewegung gegen S21 wurde demnach bereits zu Beginn der Massenproteste durch den Verfassungsschutz beobachtet, da eine Vereinnahmung durch »Linksextremisten« (ebd.) befürchtet wurde. Die Lesart des Verfassungsschutz-Vizepräsidenten setzt eine Kritik der politischen Verhältnisse mit undemokratischen Tendenzen gleich. Gleichzeitig offenbarten sich hier erste Ansätze von Repression als staatliche Reaktion auf die Proteste. Doch die in der Literatur zu sozialen Bewegungen umschriebene Eskalationsspirale (vgl. Kapitel 2.3.1) ist insgesamt nicht zu beobachten: Aus der Protestbewegung kam es zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen. Besonders der Aktionskonsens stellte für sie dabei eine wichtige Orientierung und Handlungssicherheit dar.

Während sich die Mobilisierungswirkung der Protestbewegung weiter verstärkt, kommt es zudem vermehrt zu Personenkontrollen durch Polizeieinsatzkräfte, die eine einschüchternde Wirkung haben können. Das erste »Gebet für den Park« einer Pfarrerin Anfang August 2010 im Schlossgarten wird kurz nach Beginn von Polizeibeamten unterbrochen, um die Personalien der Pfarrerin festzustellen. Schon in den Wochen zuvor war es wiederholt zu anderen, potenziell einschüchternden Vorfällen gekommen. Einer Yogalehrerin, die mittels »Yoga im Park« auf die soziale Bedeutung des Schlossgartens aufmerksam machen wollte, wurde vom Land Baden-Württemberg eine Rechnung für diese vermeintliche

›Sondernutzung‹ des Parks übermittelt. Auch bei Montagsdemonstrationen führen Polizeieinsatzkräfte vermehrt Personenkontrollen durch, obgleich sie dafür keine konkrete Rechtsgrundlage haben, (APS 12.08.2010 o. S.) und filmen regelmäßig ohne konkreten Anlass, was ebenso rechtswidrig ist. Gegen das Filmen wehren sich die Demonstrierenden, indem sie ihre Banner vor die Polizei-Kameras halten.

Insgesamt gelang es der Protestbewegung innerhalb eines kurzen Zeitraums, im Frühjahr und Sommer 2010, stetig mehr Menschen in ihre Bewegung zu integrieren. Die Massenproteste waren ein entsprechend großer Mobilisierungserfolg. Trotz beginnender Repressionen und des als Provokation empfundenen Nordflügelabrisses, blieb eine Eskalation durch die Protestbewegung aus. Ihre Konfliktdeutung war positiv und optimistisch: Der Stopp des Großprojekts schien für die Aktivistinnen und Aktivisten eine plausible Möglichkeit.

